

**STEUERWEGWEISER
FÜR BEHINDERTE MENSCHEN**

7. Auflage





Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen,
Liebe Mitbürger,

nachdem auch die sechste Auflage des Thüringer Steuerwegweisers für Menschen mit Behinderung eine große Resonanz gefunden hat und daher vergriffen ist, freue ich mich, heute eine neue Auflage vorlegen zu können. Darin sind die in der Zwischenzeit erfolgten Rechtsänderungen berücksichtigt worden.

Behinderte Menschen haben aufgrund ihrer Behinderung erheblich höhere Aufwendungen zu tragen. Um die dadurch entstehenden finanziellen Nachteile gegenüber den übrigen Steuerzahlern zu mildern, gibt es besondere steuerliche Vergünstigungen für behinderte Menschen. Hierdurch wird versucht, Steuergerechtigkeit zu erzielen.

Diese Broschüre will Ihnen helfen, die wichtigsten Steuervergünstigungen kennen zu lernen. Ich hoffe, dass der „Steuerwegweiser für behinderte Menschen“ vielen behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie den Menschen, die sie betreuen, von Nutzen sein wird.

Sollten Fragen offen bleiben, helfen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Finanzamtes gern weiter.

Birgit Diezel
Thüringer Finanzministerin



Inhaltsverzeichnis

Zum Umgang mit dieser Broschüre	6
Die wichtigsten Vergünstigungen im Überblick	7
Einkommen- und Lohnsteuer	8
1. Der Pauschbetrag für behinderte Menschen	8
2. Übertragung des Pauschbetrages für behinderte Kinder	10
3. Berücksichtigung von Aufwendungen als außergewöhnliche Belastungen anstelle des Pauschbetrages für behinderte Menschen	12
4. Anerkennung besonderer Aufwendungen als außergewöhnliche Belastungen neben dem Pauschbetrag für behinderte Menschen	14
4.1 Krankheitskosten	15
4.2 Aufwendungen für Heilkuren	15
4.3 Kosten für den Privatschulbesuch behinderter Kinder	16
4.4 Mehraufwand für Privatfahrten	16
5. Gesondert geregelte Fälle außergewöhnlicher Belastungen und Steuerermäßigung	20
5.1 Hilfe im Haushalt	20
5.1.1 Hilfe im Haushalt als außergewöhnliche Belastung	20
5.1.2 Aufwendungen für hauswirtschaftliche Dienstleistungen bei Heimunterbringung	21
5.1.3 Steuerermäßigung für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und Dienstleistungen	21
5.2 Aufwendungen wegen Pflegebedürftigkeit	24
5.3 Pauschbetrag für persönliche Pflege eines behinderten Menschen	26
6. Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit dem eigenen Kfz	29
7. Berücksichtigung der Steuererleichterung beim Lohnsteuerabzug	32
8. Weitere Steuererleichterungen für Eltern mit behinderten Kindern	32



8.1 Kindergeld	32
8.2 Freibeträge für Kinder	33
8.3 Freibetrag für Alleinerziehende	35
8.4 Sonstige kinderbedingte Steuererleichterungen	37
8.5 Steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten ab dem Jahr 2006	37
8.5.1 Erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten	37
8.5.2 Kinderbetreuungskosten als Sonderausgaben	39
9. Sonderregelung für Versorgungsempfänger	40
10. Freibetrag für Veräußerungsgewinne, ermäßigter Steuersatz	42

Vermögensbildung

Vorzeitige Verfügung über vermögenswirksame Leistungen und Bausparbeiträge	43
--	----

Kraftfahrzeugsteuer

Steuervergünstigungen	45
-----------------------------	----

Umsatzsteuer

Steuerbefreiungen für blinde Unternehmer, Blindenwerkstätten und deren Zusammenschlüsse	48
1. Die Umsatzsteuerbefreiung von blinden Unternehmern	48
2. Die Umsatzsteuerbefreiung von Blindenwerkstätten und ihrer Zusammenschlüsse	49

Erbschaft- und Schenkungsteuer

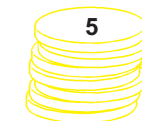
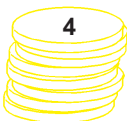
Steuervergünstigungen	51
-----------------------------	----

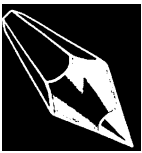
Grundsteuer

Steuervergünstigungen für abgefundenen behinderten Menschen	53
---	----

Wichtige Anschriften	55
-----------------------------------	-----------

Anschriften der Finanzämter	57
--	-----------





Zum Umgang mit dieser Broschüre

Die steuerlichen Sondervorschriften für behinderte Menschen sind nicht immer leicht zu verstehen. Um hier Hilfestellung zu leisten, ist der Inhalt der Broschüre nach Steuerarten geordnet und - zum Teil - mit Schaubildern zusätzlich erläutert.

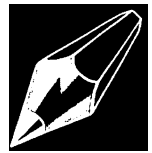
Da die Informationen möglichst knapp formuliert sind, sind allgemeine steuerliche Begriffe wie "Werbungskosten", "Sonderausgaben" oder "außergewöhnliche Belastungen" nicht besonders erläutert. Wer über solche Begriffe näheres erfahren möchte, findet ausführliche Erläuterungen in dem kleinen Ratgeber für Lohnsteuerzahler, der zusammen mit der Lohnsteuerkarte jährlich verschickt wird. Weitere Detailangaben sind auch in der "Anleitung zur Einkommensteuererklärung" enthalten, die mit den Erklärungsvordrucken ausgehändigt wird. Zur zusätzlichen Erleichterung dienen auch die in dieser Broschüre jeweils am Ende der Abhandlungen angeführten Fundstellen. Diese Fundstellen geben an, wo in den derzeit gültigen Steuergesetzen und Verwaltungsanweisungen (z.B. Einkommensteuer-Richtlinien) die steuerlichen Vergünstigungen für behinderte Menschen zu finden sind.

Bitte beachten Sie:

Die einzelnen Steuererleichterungen sind nach Grad und Art der Behinderung unterschiedlich. Deshalb wurde in der Übersicht auf Seite 8 und in den betreffenden Abschnitten angegeben, wer jeweils Begünstigter sein kann.

Natürlich werden in dieser Broschüre wegen ihrer kurzen und gerafften Form nicht sämtliche Fragen ausreichend beantwortet; sie kann daher auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben oder rechtsverbindliche Informationen geben.

Die wichtigsten Vergünstigungen im Überblick



Gegenstand der Regelung	Art bzw. Grad der Behinderung	Seite
Pauschbetrag für behinderte Menschen	mindestens 25 bzw. 50	8
Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	mindestens 50 und erheblich gehbehindert oder: mind. 70	29
Mehraufwand für Privatfahrten	mindestens 70 und geh- und stehbehindert oder: mind. 80	16
Erhöhter Mehraufwand für Privatfahrten	außergewöhnlich gehbehindert	16
Hilfe im Haushalt - außergewöhnliche Belastungen	hilfloser Angehöriger im Haushalt oder: mind. 50	20
Steuerermäßigung für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und Dienstleistungen	unabhängig von Art und Grad der Behinderung	21
Kinderbetreuungskosten	unabhängig von Art und Grad der Behinderung	37
Aufwendungen wegen Pflegebedürftigkeit	Pflegebedürftigkeit	24
Persönliche Pflege einer hilflosen Person	hilflose Person	26
Freibeträge für Kinder (volljährige Kinder)	Ein Kind muss wegen körperlicher, geistiger und seelischer Behinderung außerstande sein, sich selbst zu unterhalten.	33
Kfz-Steuerergünstigungen	hilflos, blind, außergewöhnlich gehbehindert, gehörlos	45



Einkommen- und Lohnsteuer

1. Der Pauschbetrag für behinderte Menschen

Es ist oft sehr mühsam, sämtliche Aufwendungen, die infolge der Behinderung entstehen, aufzuzeichnen und die entsprechenden Belege zu sammeln. Deshalb sieht das Einkommensteuer- und Lohnsteuerrecht vor, die Aufwendungen für die Hilfe bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens, für die Pflege sowie für einen erhöhten Wäschebedarf in einem pauschalen Verfahren ohne Einzelnachweis zu berücksichtigen ⇒ "Pauschbetrag für behinderte Menschen".

Wer hat Anspruch?

Den Pauschbetrag erhalten zunächst die Personen, deren Grad der Behinderung auf mindestens 50 festgestellt ist. Personen, deren Grad der Behinderung auf weniger als 50, aber mindestens auf 25 festgestellt ist, wird der Pauschbetrag gewährt, wenn

- ihnen wegen ihrer Behinderung nach gesetzlichen Vorschriften Renten oder andere laufende Bezüge zustehen (z. B. Unfallrente, nicht aber eine Rente aus der gesetzlichen Renten-

versicherung der Arbeiter und Angestellten) oder

- die Behinderung zu einer dauernden Einbuße der körperlichen Beweglichkeit geführt hat oder
- die Behinderung auf einer typischen Berufskrankheit beruht.

Wie hoch ist der Pauschbetrag?

Die Höhe des jährlichen Pauschbetrages richtet sich nach dem dauernden Grad der Behinderung:

Grad der Behinderung	Pauschbetrag (in €)
25 und 30	310
35 und 40	430
45 und 50	570
55 und 60	720
65 und 70	890
75 und 80	1.060
85 und 90	1.230
95 und 100	1.420

Blinde sowie hilflose Personen erhalten einen Pauschbetrag von jährlich 3.700 €. Hilflos ist, wer für eine Reihe von häufig und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen zur Sicherung seiner persönlichen Existenz im Ablauf eines

jeden Tages fremder Hilfe bedarf. Diese Voraussetzungen sind auch erfüllt, wenn die Hilfe in Form einer Überwachung oder einer Anleitung zu den genannten Verrichtungen erforderlich ist oder wenn die Hilfe zwar nicht dauernd geleistet werden muss, jedoch eine ständige Bereitschaft zur Hilfeleistung erforderlich ist.

Bei den Pauschbeträgen handelt es sich um Jahresbeträge. Auch wenn die Behinderung nicht während des gesamten Jahres bestanden hat, werden sie in voller Höhe gewährt.

Falls sich der Grad der Behinderung im Laufe eines Kalenderjahres ändert, wird stets der höhere Pauschbetrag für das gesamte Jahr gewährt. Treten bei einer Person mehrere Behinderungen aus verschiedenen Gründen (z. B. als Kriegs- und als Unfallbeschädigter) auf, so ist die Behinderung maßgebend, die zum höheren Pauschbetrag führt.

Wie ist der Nachweis zu erbringen?

Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Pauschbetrages müssen dem Finanzamt nachgewiesen werden. Behinderte Menschen, deren Grad der Behinderung auf mindestens 50 festgestellt ist,

erbringen den Nachweis durch Vorlage des von den Versorgungsämtern ausgestellten Ausweises für schwerbehinderte Menschen nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch.

Personen, deren Grad der Behinderung auf weniger als 50, aber mindestens auf 25 festgestellt ist, führen den Nachweis entweder durch eine Bescheinigung des Versorgungsamtes, oder, wenn den behinderten Personen nach den gesetzlichen Vorschriften Renten oder andere laufende Beträge zustehen, durch den Rentenbescheid oder einen entsprechenden Bescheid.

Soll der Pauschbetrag von 3.700 € in Anspruch genommen werden, müssen die Voraussetzungen dafür aus den vorgenannten Ausweisen und Bescheinigungen hervorgehen (z. B. Merkzeichen "BI" bei Blindheit oder "H" bei ständiger Hilflosigkeit im Ausweis nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch). Sind solche Unterlagen nicht vorhanden, muss eine Bescheinigung des Versorgungsamtes vorgelegt werden. Dem Merkzeichen "H" steht die Einstufung als Schwerstpflegebedürftiger in Pflegestufe III gleich. Dies ist durch Vorlage eines entsprechenden Bescheides nachzuweisen.





Wo wird der Pauschbetrag berücksichtigt?

Den Pauschbetrag für behinderte Menschen berücksichtigt das Finanzamt bei der **Einkommensteuerveranlagung**, wenn das Steuererklärungsformular in der Rubrik "Außergewöhnliche Belastungen" entsprechend ausgefüllt ist, d. h. der Grad der Behinderung angegeben ist.

Arbeitnehmern kann dieser Pauschbetrag bereits im Rahmen des **Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahrens** auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden. Der Arbeitgeber behält dann bereits beim Lohnsteuerabzug weniger Lohnsteuer ein.

Ist der Pauschbetrag für behinderte Menschen bereits in den Vorjahren auf der Lohnsteuerkarte vermerkt worden, wird er von den Gemeinden in den Folgejahren in der Regel automatisch eingetragen.

Soll der Pauschbetrag erstmalig berücksichtigt werden oder hat die Gemeinde aus anderen Gründen davon abgesehen, den Pauschbetrag in die Lohnsteuerkarte einzutragen, muss beim örtlich zuständigen Finanzamt ein entsprechender

Antrag auf Lohnsteuer-Ermäßigung gestellt werden.

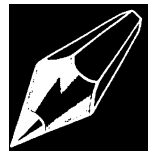
Wo geregelt?

§§ 33b und 39a Einkommensteuergesetz,
§ 65 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung,
Richtlinien 39.1 und 39a.1 Lohnsteuer-Richtlinien,
Richtlinie 33b Einkommensteuer-Richtlinien

2. Übertragung des Pauschbetrages für behinderte Kinder

Der Pauschbetrag für behinderte Menschen steht auch behinderten Kindern zu, sofern diese in Deutschland leben. Kinder im steuerlichen Sinne sind leibliche Kinder, Adoptivkinder sowie Pflegekinder.

Kinder verfügen im Regelfall nicht über eigene oder über nur geringe eigene Einkünfte. Die gewährten Pauschbeträge würden deshalb keine oder nur eine geringe steuerliche Entlastung bewirken, wenn sie ausschließlich bei den behinderten Kindern selbst Berücksichtigung fänden.



Deshalb gilt in diesen Fällen Folgendes:

Steht einem Kind der Pauschbetrag für behinderte Menschen zu und nimmt es ihn nicht selbst in Anspruch, kann der Pauschbetrag **auf die Eltern übertragen werden, sofern diese für das Kind einen Freibetrag für Kinder oder Kindergeld erhalten**. Dies gilt unter bestimmten Voraussetzungen auch für Kinder mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes. Hierzu kann Ihr Finanzamt im Bedarfsfall weitere Auskünfte erteilen.

Der Pauschbetrag für behinderte Menschen mindert dann das zu versteuernde Einkommen der Eltern und folglich deren Steuerschuld. Keine Schwierigkeiten bereitet die Übertragung des Pauschbetrages auf verheiratete Elternpaare, die nicht dauernd getrennt leben, oder auf einen Elternteil, wenn der andere Elternteil im Ausland lebt oder verstorben ist.

Hier kann jeweils der Pauschbetrag auf Antrag in voller Höhe beim Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahren bzw. bei der Einkommensteuerveranlagung berücksichtigt werden.

Sonderproblematik:

Die Übertragung des Pauschbetrages bei nicht verheirateten, getrennt lebenden oder geschiedenen Elternteilen

Komplizierter verhält es sich dagegen in Fällen unverheirateter, getrennt lebender oder geschiedener Elternteile. Hier wird wie folgt verfahren:

Grundsätzlich hat immer derjenige Anspruch auf Übertragung des dem Kind zustehenden Pauschbetrages für behinderte Menschen, der auch die Freibeträge für Kinder oder Kindergeld erhält. Stehen beiden Elternteilen die Freibeträge je zur Hälfte zu, wird der Pauschbetrag für behinderte Menschen ebenfalls halbiert und anteilmäßig zugerechnet.

In zwei Fällen besteht jedoch die Möglichkeit, den einem Elternteil zu gewährenden hälftigen Pauschbetrag für das behinderte Kind auf den anderen Elternteil übertragen zu lassen:

- Ein Elternteil kommt seiner Unterhaltspflicht nicht oder nur unwesentlich nach. Der diesem Elternteil zustehende halbe Pauschbetrag wird zu-



sammen mit den hälftigen Freibeträgen für Kinder auf den Elternteil übertragen, der nachweislich allein die Aufwendungen für den Unterhalt des Kindes getragen hat, wenn er dies bei seinem Wohnsitzfinanzamt beantragt. Dieser Antrag ist nicht von der Zustimmung des Elternteils abhängig, dem dabei der halbe Pauschbetrag verlorengeht.

- Beide Elternteile sind sich darüber einig, dass der Pauschbetrag des behinderten Kindes in einem beliebigen Verhältnis aufgeteilt werden soll. Hierfür ist ein gemeinsamer Antrag des Elternpaares erforderlich.

In Ausnahmefällen kann ein Pauschbetrag für ein behindertes Kind zusammen mit den Freibeträgen für Kinder auf einen Stiefelternteil oder einen Großelternteil übertragen werden, wenn das Kind zu dessen Haushalt gehört. Hierzu kann Ihr Finanzamt im Bedarfsfall weitere Auskünfte erteilen.

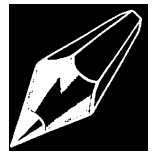
Wo geregelt?

§§ 33b Abs. 5 Einkommensteuergesetz, Richtlinie 33b Einkommensteuer-Richtlinien

3. Berücksichtigung von Aufwendungen als außergewöhnliche Belastungen anstelle des Pauschbetrages für behinderte Menschen

Der Pauschbetrag für behinderte Menschen bezweckt eine Steuervereinfachung, weil er behinderten Mitbürgern den Nachweis von Aufwendungen erspart.

Behinderte Menschen können jedoch statt der Inanspruchnahme des Pauschbetrages die Aufwendungen für die Hilfe bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens, für die Pflege sowie für einen erhöhten Wäschebedarf zusammenstellen und in voller Höhe geltend machen. Zu beachten ist dabei jedoch, dass sich von diesen Aufwendungen nur der Teil steuermindernd auswirkt, der die sogenannte zumutbare Belastung übersteigt. Es ist deshalb nur dann sinnvoll, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, wenn sich hiernach unter Berücksichtigung dieser zumutbaren Belastung ein höherer steuerfreier Betrag als der Pauschbetrag ergibt. Ob dies im Einzelfall so ist, muss jeweils berechnet werden. Die Höhe der



zumutbaren Belastung richtet sich nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte und drückt sich in einem bestimmten Prozentsatz davon aus. Dieser Prozentsatz

richtet sich danach, wie viele Kinder steuerlich zu berücksichtigen sind und welcher Steuertarif anzuwenden ist (Grund- oder Splittingtarif).

Entsprechend dem dargestellten Schema kann die zumutbare Belastung ermittelt werden, sie beträgt bei einem Gesamtbetrag der Einkünfte

	bis 15.340 €	über 15.340 € bis 51.130 €	über 51.130 €
1. bei Steuerbürgern, die keine Kinder haben und bei denen die Einkommensteuer			
a) nach dem Grundtarif	5 %	6 %	7 %
b) nach dem Splittingtarif	4 %	5 %	6 %
zu berechnen ist;			
2. bei Steuerbürgern mit			
a) einem Kind oder zwei Kindern	2 %	3 %	4 %
b) drei oder mehr Kindern	1 %	1 %	2 %
des Gesamtbetrags der Einkünfte.			

Als Kinder des Steuerbürgers zählen diejenigen, für die er einen Freibetrag für Kinder oder Kindergeld erhält.



Das folgende Beispiel soll deutlich machen, um welche Beträge sich das steuerpflichtige Einkommen bei Inanspruchnahme des Pauschbetrages bzw. bei Geltendmachung der tatsächlichen Aufwendungen vermindert:

Ein Arbeitnehmerehepaar (Gesamt-betrag der Einkünfte 25.000 €) hat zwei Kinder. Der Ehemann hat einen Grad der Behinderung von 50. Ihm entstehen jährlich Aufwendungen für einen erhöhten Wäschebedarf in Höhe von 1.000 €, infolge seiner Behinderung.

Macht er diese Aufwendungen als außergewöhnliche Belastungen geltend, errechnet sich der steuermindernde Betrag wie folgt:

<i>Aufwendungen</i>	1.000 €
<i>abzüglich</i>	
<i>zumutbare Belastung</i>	750 €
<i>(3 % von 25.000 €)</i>	
<i>insgesamt</i>	
<i>berücksichtigungsfähig</i>	250 €

Nimmt der Ehemann dagegen den **Pauschbetrag** für behinderte Menschen in Anspruch (dieser Pauschbetrag wird nicht um eine zumutbare Belastung gekürzt), dann ermäßigt sich sein steuerpflichti-

ges Einkommen um **570 €** (siehe Tabelle Seite 8). In diesem Fall ist es also günstiger, sich für den Pauschbetrag zu entscheiden.

Unbedingt beachten:

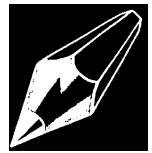
Wer die Aufwendungen für die Hilfe bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens, für die Pflege sowie für einen erhöhten Wäschebedarf als außergewöhnliche Belastung geltend machen will, muss die gesamten Aufwendungen nachweisen oder zumindest glaubhaft machen, also nicht nur den Teil, der den Pauschbetrag für behinderte Menschen übersteigt.

Wo geregelt?

§ 33 Einkommensteuergesetz

4. Anerkennung besonderer Aufwendungen als außergewöhnliche Belastungen neben dem Pauschbetrag für behinderte Menschen

Mit den Pauschbeträgen für behinderte Menschen werden die Aufwendungen für die Hilfe bei den gewöhnlichen und regelmäßig



wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens, für die Pflege sowie für einen erhöhten Wäschebedarf abgegolten.

Entstehen behinderten Personen außer diesen Ausgaben besondere Aufwendungen, so können diese neben dem Pauschbetrag - also zusätzlich - als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden.

Solche außergewöhnlichen Aufwendungen sind insbesondere:

- Krankheitskosten,
- Aufwendungen für Heilkuren,
- Ausgaben für den Privatschulbesuch behinderter Kinder,
- Mehraufwendungen behinderter Menschen für Privatfahrten.

Steuermindernd wirkt sich allerdings nur der Betrag aus, der die zumutbare Belastung übersteigt.

Im Einzelnen gilt hierzu folgendes:

4.1 Krankheitskosten

Neben den Pauschbeträgen können sämtliche Krankheitskosten, die durch die Behinderung oder

einen akuten Anlass verursacht werden, als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden.

Voraussetzung:

Die Kosten dürfen nicht von einer dritten Seite (z. B. von einer Krankenkasse) ersetzt worden sein oder ersetzt werden.

Wo geregelt?

§ 33 Einkommensteuergesetz, Richtlinie 33 Einkommensteuer-Richtlinien

4.2 Aufwendungen für Heilkuren

Die Kosten, die anlässlich einer Heilkur entstehen, können neben den Pauschbeträgen als außergewöhnliche Belastung anerkannt werden. Bei alten oder hilflosen Personen können auch die Kosten für eine Begleitperson berücksichtigt werden, wenn der Amtsarzt die Notwendigkeit der Betreuung durch eine Begleitperson bestätigt.

Voraussetzung:

Die Kurbedürftigkeit muss durch Vorlage eines vor Antritt der Kur ausgestellten amtsärztlichen Zeugnisses nachgewiesen werden, so-



fern sich nicht schon aus anderen Unterlagen, zum Beispiel bei Pflichtversicherten aus der Bescheinigung der Versicherungsanstalt und bei öffentlich Bediensteten aus der Bestätigung der Behörde offensichtlich ergibt, dass die Notwendigkeit der Kur im Rahmen der Bewilligung von Zuschüssen oder Beihilfen geprüft und anerkannt worden ist; der Zuschuss einer Krankenversicherung zu Arzt-, Arznei- und Kurmittelkosten stellt allein keinen Nachweis der Kurbedürftigkeit dar.

Wo geregelt?

§ 33 Einkommensteuergesetz, Richtlinie 33 Einkommensteuer-Richtlinien

4.3 Kosten für den Privatschulbesuch behinderter Kinder

Ausgaben der Eltern für den Schulbesuch eines Kindes sind grundsätzlich nicht als außergewöhnliche Belastungen anzuerkennen, auch wenn ein Kind infolge eines Leidens oder einer Krankheit lernbehindert ist.

Ist aber ein Kind ausschließlich wegen einer Behinderung im Inte-

resse einer angemessenen Berufsausbildung auf den Besuch einer Privatschule (Sonderschule oder allgemeine Schule in privater Trägerschaft) mit individueller Förderung angewiesen, weil eine öffentliche Schule oder eine den schulgeldfreien Besuch ermöglichende geeignete Privatschule nicht zur Verfügung steht oder nicht erreichbar ist, so ist das Schulgeld als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen; und zwar neben einem auf die Eltern übertragbaren Pauschbetrag für behinderte Menschen.

Wichtig:

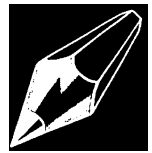
Der Nachweis, dass der Besuch einer Privatschule erforderlich ist, muss gegenüber dem Finanzamt durch eine Bestätigung der obersten Landeskultusbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle geführt werden.

Wo geregelt?

§ 33 Einkommensteuergesetz, Richtlinie 33 Einkommensteuer-Richtlinien

4.4 Mehraufwand für Privatfahrten

Die durch Privatfahrten mit dem Personenkraftwagen entstehen-



den Aufwendungen können bei besonders stark behinderten Personen neben dem allgemeinen Pauschbetrag berücksichtigt werden.

Wer hat Anspruch?

Mehraufwand für Privatfahrten kann bei folgenden Personen berücksichtigt werden:

- bei blinden Menschen
- bei hilflosen Menschen (siehe Seite 8)
- bei Steuerbürgern, deren Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt ist (sog. Geh- u. Stehbehinderung), mit einem Grad der Behinderung von mindestens 70,
- ansonsten bei Personen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 80.

Was ist zu tun?

Personen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 70, aber weniger als 80, müssen dem Finanzamt die Geh- und Stehbehinderung nachweisen. Dieser Nachweis ist grundsätzlich durch Vorlage

eines Ausweises für schwerbehinderte Menschen nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch zu erbringen, in dem die Geh- und Stehbehinderung durch das Merkzeichen "G" oder eine andere außergewöhnliche Gehbehinderung durch das Merkzeichen "aG" kenntlich gemacht ist. In Zweifelsfällen ist eine Bescheinigung des Versorgungsamtes vorzulegen. Bei Personen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 80 genügt die Vorlage des Ausweises für schwerbehinderte Menschen nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch. Die gesundheitlichen Merkmale "hilflos" und "blind" werden durch die Merkzeichen "H" und "Bl" in diesem Ausweis oder dem Bescheid des Versorgungsamtes gekennzeichnet. Dem Merkzeichen "H" steht die Einstufung als Schwerstpflegebedürftiger in Pflegestufe III gleich; dies ist durch Vorlage eines entsprechenden Bescheides nachzuweisen.

In welcher Höhe werden Aufwendungen anerkannt?

Als angemessen wird von den Finanzämtern im Allgemeinen ein nachgewiesener oder glaubhaft gemachter Aufwand für Privatfahrten von insgesamt **3.000 Kilometern** jährlich angesehen.



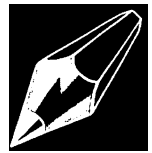
Bei der Bemessung der Höhe der entstandenen Aufwendungen kann von den Finanzämtern grundsätzlich ein durchschnittlicher Betrag von 0,30 € pro gefahrenem Kilometer zugrunde gelegt werden; daraus errechnet sich also jährlich ein steuerlich berücksichtigungsfähiger Aufwand von 900 €. Eine höhere Fahrleistung als 3.000 km jährlich kann dagegen anerkannt werden, wenn die Fahrten durch die Behinderung verursacht und unvermeidbar sind und dies auch nachgewiesen wird. In einem solchen Fall ist es also erforderlich, die Mehrfahrten und Mehrkosten, die der behinderten Person durch die Geh- und Stehbehinderung gegenüber anderen Menschen mit vergleichbaren Einkommens- und Vermögensverhältnissen erwachsen sind, z. B. anhand eines Fahrtenbuches oder durch eine Aufstellung der von dem behinderten Menschen durchgeführten Privatfahrten, zu belegen.

Wo geregelt?

§ 33 Einkommensteuergesetz,
Richtlinie 33
Einkommensteuer-Richtlinien

Sonderregelung für außer- gewöhnlich gehbehinderte, blinde und hilflose Menschen

Bei Personen, die so stark gehbehindert sind, dass sie sich außerhalb des Hauses nur mit Hilfe eines Kraftfahrzeuges bewegen können (Merkzeichen "aG" im Ausweis), sowie bei blinden (Merkzeichen "Bl") und hilflosen Menschen (Merkzeichen "H") werden grundsätzlich alle Kraftfahrzeugkosten als außergewöhnliche Belastung anerkannt, soweit sie nicht Betriebsausgaben oder Werbungskosten sind. In den Grenzen der Angemessenheit dürfen nicht nur die Aufwendungen für die durch Behinderung veranlasste Fahrten, sondern auch für Freizeit-, Erholungs- und Besuchsfahrten abgezogen werden. Die tatsächliche Fahrleistung ist nachzuweisen bzw. glaubhaft zu machen. Eine Fahrleistung von mehr als **15.000 km** im Jahr liegt in aller Regel nicht mehr im Rahmen des Angemessenen. Die Begrenzung auf jährlich 15.000 km gilt ausnahmsweise nicht, wenn die Fahrleistung durch eine berufsqualifizierende Ausbildung bedingt ist, die nach der Art und Schwere der Behinderung nur durch den Einsatz eines Pkw durchgeführt werden kann; in diesem Fall können weitere rein private



Fahrten nur noch bis zu 5.000 km jährlich berücksichtigt werden. Ein höherer Aufwand als 0,30 € pro gefahrenem Kilometer ist unangemessen.

Auch die Kosten eines Unfalls, der auf einer Erholungs-, Freizeit- oder Urlaubsfahrt passiert ist, können als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. Jedoch dürfen die Kosten nicht von einer dritten Seite (z. B. von einer Versicherung) ersetzt worden sein oder ersetzt werden.

Die Aufwendungen für die behindertengerechte Umrüstung eines Pkw sind ebenfalls neben dem Pauschbetrag abzugsfähig.

Was ist zu tun?

Zunächst muss dem Finanzamt die Behinderung nachgewiesen werden. Dieser Nachweis ist grundsätzlich durch Vorlage eines Ausweises nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch zu führen, in dem die außergewöhnliche Gehbehinderung durch das Merkzeichen "aG", die Blindheit durch das Merkzeichen "Bl" oder die Hilflosigkeit durch das Merkzeichen "H" kenntlich gemacht ist. Außerdem muss dem Finanzamt die gefahrene Kilometerleistung nachgewiesen oder glaubhaft gemacht

werden, um die entstandenen Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung geltend zu machen. Dies kann durch Vorlage eines Fahrtenbuches oder einer detaillierten Zusammenstellung sämtlicher Fahrten erfolgen.

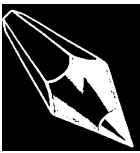
Achtung: Taxikosten

Sofern für Privatfahrten kein eigenes Kraftfahrzeug benutzt wird, können auch Aufwendungen für Taxifahrten geltend gemacht werden. Diese müssen jedoch dem Finanzamt einzeln durch Belege nachgewiesen werden.

Werden Taxikosten neben den Aufwendungen für Privatfahrten mit dem eigenen PKW geltend gemacht, so ist die als noch angemessen anzusehende jährliche Fahrleistung von 3.000 km bzw. 15.000 km oder 5.000 km entsprechend zu kürzen.

Wo geregelt?

§ 33 Einkommensteuergesetz,
Richtlinie 33 Einkommensteuer-
Richtlinien,
BMF-Schreiben vom 29.04.1996,
BStBl 1996 Teil I Seite 446 und
vom 21.11.2001, BStBl 2001 Teil I
Seite 446



5. Gesondert geregelte Fälle außergewöhnlicher Belastungen und Steuerermäßigung

Häufig sind behinderte Menschen auf die Hilfe Fremder zur Bewältigung ihrer Aufgaben in Haushalt und Familie angewiesen. Die Anstellung einer Hilfsperson für Haushaltsarbeiten oder die Betreuung der Kinder bringt in vielen Fällen zusätzliche finanzielle Belastungen mit sich. Im Extremfall muss gar eine Heimunterbringung in Erwägung gezogen werden, was bei den heutigen Pflegesätzen enorme Kosten verursacht. Deshalb hat der Gesetzgeber für die Beschäftigung einer Hilfsperson oder die Heimunterbringung zusätzliche Abzugsbeträge neben dem Pauschbetrag für behinderte Menschen vorgesehen.

5.1 Hilfe im Haushalt

5.1.1 Hilfe im Haushalt als außergewöhnliche Belastung

Aufwendungen für die Beschäftigung einer Haushaltshilfe können bis zu **924 €** als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden, wenn zum Haushalt eine hilflose oder schwerbehinderte

Person (Grad der Behinderung mindestens 50) gehört.

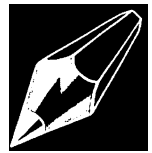
Einige Erläuterungen:

Eine Hilfe im Haushalt kann auch eine Person sein, die nur stundenweise beschäftigt ist. Eine nahestehende Person (Mutter/Vater oder Kind) kann ebenfalls als Hilfe im Haushalt anerkannt werden, sofern sie nicht zum eigenen Haushalt gehört. Das Arbeits- oder Dienstverhältnis muss dann aber - wie unter Fremden - ernsthaft vereinbart (am besten schriftlich!) und entsprechend durchgeführt werden (insbesondere monatliche Lohnzahlung). Ist die Haushaltshilfe nicht das ganze Jahr über beschäftigt, werden die Abzugsbeträge nur zeitanteilig gewährt. Für jeden vollen Monat, in dem keine Haushaltshilfe angestellt ist, werden die Abzugsbeträge um ein Zwölftel gekürzt.

Die Abzugsbeträge für die Beschäftigung einer Haushaltshilfe können bei Ehegatten (oder zwei Alleinstehenden, die in einem Haushalt zusammenleben) insgesamt nur einmal berücksichtigt werden.

Wo geregelt?

§ 33a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 Einkommensteuergesetz, Richtlinie 33a Einkommensteuer-Richtlinien



5.1.2 Aufwendungen für hauswirtschaftliche Dienstleistungen bei Heimunterbringung

Erwachsen einer behinderten Person wegen der Unterbringung in einem Heim Aufwendungen, die Kosten für Dienstleistungen enthalten, die mit denen einer Hilfe im Haushalt vergleichbar sind, so können die Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung bis zu folgender Höhe abgezogen werden:

- 624 €,
wenn die Unterbringung im Heim vorgenommen wird, ohne dass Pflegebedürftigkeit besteht,

- 924 €,
wenn die Unterbringung zur dauernden Pflege erfolgt.

Die Abzugsbeträge sind zeitanteilig zu kürzen, wenn die Voraussetzungen nicht während des ganzen Kalenderjahres vorliegen. Eine Kürzung um die zumutbare Belastung ist nicht vorzunehmen.

Wo geregelt?

§ 33a Abs. 3 Satz 2 Einkommensteuergesetz

5.1.3 Steuerermäßigung für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und Dienstleistungen

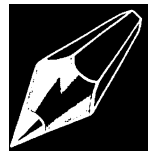
Eine Steuerermäßigung für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und Dienstleistungen sowie Handwerkerleistungen in Privathaushalten wird in unterschiedlicher Höhe für folgende Aufwendungen gewährt:

(siehe Übersicht Seite 22)





Nr.	Aufwendungen für	Wie hoch?
1	ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis in Privathaushalten nach § 8a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch	10 % der Aufwendungen, max. 510 € pro Jahr
2	ein hauswirtschaftliches Beschäftigungsverhältnis, für das Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung entrichtet werden und das kein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis ist	12 % der Aufwendungen, max. 2.400 € pro Jahr
3	die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen einer Dienstleistungsagentur; es darf sich nicht um ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis handeln	20 % der Aufwendungen, max. 600 € pro Jahr (Erhöhung auf 1.200 € für Aufwendungen für Pflege und Betreuung von Pflegebedürftigen)
4	die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen (ab 2006)	20 % der Aufwendungen, max. 600 € pro Jahr
Die Aufwendungen können nur berücksichtigt werden, soweit sie nicht bereits als Werbungskosten, Betriebsausgaben oder außergewöhnliche Belastungen abgezogen worden sind; soweit ein Abzug als außergewöhnliche Belastung aufgrund der Anrechnung der zumutbaren Belastung unterblieben ist, können die Aufwendungen jedoch für die Steuerermäßigung angesetzt werden.		



Die Steuerermäßigungen nach den Nummern 1 und 2 können, sofern jeweils ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis vorliegt, nebeneinander in Anspruch genommen werden. Daneben ist es möglich, für weitere Aufwendungen für haushaltsnahe Dienstleistungen oder die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen (Nummern 3 und 4), die nicht im Rahmen der bereits genannten, förderfähigen Beschäftigungsverhältnisse erbracht werden, jeweils eine weitere Steuerermäßigung zu erhalten.

Bestehen die Beschäftigungsverhältnisse nach den Nummern 1 und 2 nicht das gesamte Kalenderjahr, werden die Höchstbeträge für jeden Kalendermonat, in dem sie nicht bestanden haben, gekürzt. Voraussetzung für die Gewährung einer Steuerermäßigung bei haushaltsnahen Dienstleistungen einer Dienstleistungsagentur ist, dass der Steuerpflichtige für die Aufwendungen eine Rechnung erhalten hat und die Zahlung auf das Konto des Erbringers der Leistung erfolgt ist.

Als haushaltsnahe Tätigkeiten sind Tätigkeiten begünstigt, die gewöhnlich durch Mitglieder des Privathaushalts erledigt werden.

Zu diesen Tätigkeiten zählen bspw. Zubereitung von Mahlzeiten, Reinigung der Wohnung sowie die Pflege, Versorgung und Betreuung von Kindern, wobei die Erteilung von Unterricht nicht hierunter fällt. Voraussetzung ist, dass die Tätigkeiten im Haushalt des Steuerbürgers ausgeübt werden. Das bedeutet, dass die Betreuung von Kindern durch eine Tagesmutter im Haushalt des Bürgers erfolgen muss. Für die Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten ist Folgendes zu beachten:

Ab dem Jahr 2006 wurde der Abzug von Kinderbetreuungskosten grundsätzlich neu geregelt (siehe 8.5). Aufwendungen für die Betreuung von Kindern können danach nicht mehr für die Steuerermäßigung genutzt werden, wenn sie nach den neuen Vorschriften bereits wie Werbungskosten oder Betriebsausgaben oder als Sonderausgaben abgezogen werden können. Auch der als Eigenanteil vom steuerlichen Abzug ausgeschlossene Betrag (1/3 der Kosten) und die den Höchstbetrag von 4.000 Euro übersteigenden Aufwendungen führen nicht zu einer Steuerermäßigung. Die Berücksichtigung von Aufwendungen für Pflegeleistungen





im Rahmen der Steuerermäßigung ist nicht möglich, wenn der erhöhte Behinderten-Pauschbetrag (siehe Tz. 1.) oder der Pflege-Pauschbetrag (siehe Tz. 5.3) von 924 € in Anspruch genommen wird. Bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2007 konnten Pflegeleistungen im Rahmen der Steuerermäßigung nur dann nicht berücksichtigt werden, wenn der erhöhte Behinderten-Pauschbetrag von 3.700 € oder der Pflege-Pauschbetrag in Anspruch genommen worden sind.

Wo geregelt?

§ 35a Einkommensteuergesetz

5.2. Aufwendungen wegen Pflegebedürftigkeit

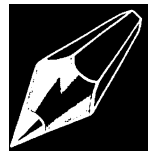
- *bei der behinderten Person:*

Hinsichtlich der Aufwendungen für Pflegebedürftigkeit können bei Personen, die pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (Pflegestufe I, II oder III) oder hilflos sind, die **tatsächlichen Kosten** (z. B. Pflegeheimkosten) als außergewöhnliche Belastungen steuerlich berücksichtigt werden. Wird bei einer Heimunterbringung wegen Pflege-

gebedürftigkeit der private Haushalt aufgelöst, können nur die über die üblichen Kosten der Unterhaltung eines Haushalts hinausgehenden Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. Die sich durch den Verzicht auf Weiterführung des privaten Haushalts ergebende Ersparnis ist mit einem Betrag von 21 € pro Tag, 640 € pro Monat, 7.680 € pro Jahr anzusetzen. Des Weiteren werden die durch Belege nachgewiesenen Gesamtkosten um den auf die hauswirtschaftlichen Dienstleistungen entfallenden Anteil in Höhe des Abzugsbetrags nach § 33a Abs. 3 Einkommensteuergesetz (vgl. Seite 21) und um die zumutbare Belastung gekürzt.

Bei einer Heimunterbringung können auch gesondert in Rechnung gestellte Pflegekosten, die das Heim mit dem Sozialhilfeträger für pflegebedürftige Personen der sog. Pflegestufe 0 vereinbart hat, als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden.

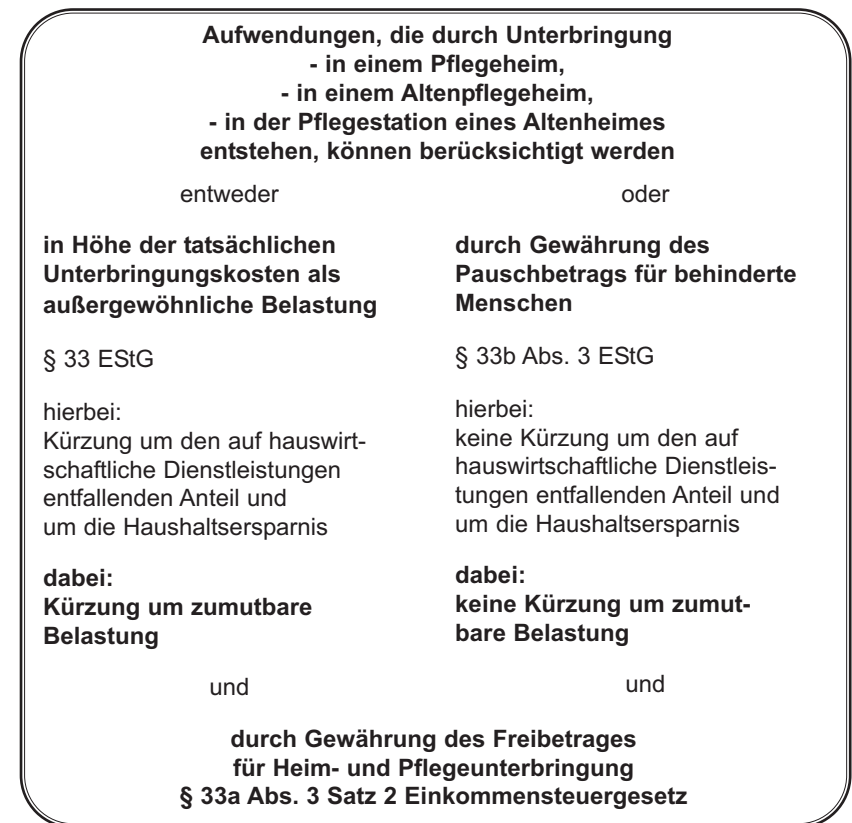
Werden Pflegeaufwendungen als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht, kann der Pauschbetrag für behinderte Menschen nicht in Anspruch genommen werden.



Bis einschließlich 2007 hat der Pauschbetrag für behinderte Menschen die Aufwendungen abgegolten, die unmittelbar infolge der Behinderung erwachsen sind. Dies führt dazu, dass Pflegeauf-

wendungen neben dem Pauschbetrag als außergewöhnliche Belastung im Rahmen des § 33 EStG berücksichtigt werden konnten (Ausnahme: erhöhter Pauschbetrag von 3.700 €).

Das folgende Schaubild soll die ab dem Veranlagungszeitraum 2008 geltende Regelung verdeutlichen.





• *bei Angehörigen:*

Das Wahlrecht zur Inanspruchnahme des Pauschbetrages für behinderte Menschen gilt auch bei Eltern, die für ihre Kinder Aufwendungen wegen Pflegebedürftigkeit tätigen. Im umgekehrten (weitaus häufigeren) Fall, in dem Kinder gegenüber den Eltern zum Unterhalt verpflichtet sind und die Pflegekosten tragen, kommt nur der Abzug der tatsächlichen pflegebedingten Kosten als außergewöhnliche Belastungen in Betracht.

Wo geregelt?

§§ 33 und 33b Einkommensteuergesetz, Richtlinie 33, 33b Einkommensteuer-Richtlinien, §§ 14 und 15 XI. Sozialgesetzbuch (SGB XI)

5.3 Pauschbetrag für persönliche Pflege eines behinderten Menschen

Entstehen einem Steuerbürger durch die Pflege eines hilflosen Angehörigen Aufwendungen, kann er anstelle eines Abzugs dieser Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung einen Pflege-Pauschbetrag von **924 €**

geltend machen. Voraussetzung ist, dass der Steuerbürger die Pflege im Inland entweder in seiner Wohnung oder in der Wohnung der behinderten Person persönlich durchführt und dass er dafür keine Einnahmen erhält. Wird ein behinderter Mensch von mehreren Steuerbürgern gepflegt, wird der Pauschbetrag nach der Zahl der Pflegepersonen geteilt; eine Kürzung um die zumutbare Belastung erfolgt nicht.

Bei dem Pflege-Pauschbetrag handelt es sich um einen Jahresbetrag. Er wird in voller Höhe gewährt, auch wenn die Behinderung erst im Laufe des Jahres beginnt oder während des Jahres endet; eine zeitanteilige Ermittlung findet nicht statt.

Für den Nachweis der Hilflosigkeit im Sinne des § 33b Abs. 6 Einkommensteuergesetz gelten die gleichen Grundsätze wie beim erhöhten Pauschbetrag für behinderte Menschen in Höhe von 3.700 € (vgl. Seite 8).

Wo geregelt?

§ 33b Abs. 6 Einkommensteuergesetz, Richtlinie 33b Einkommensteuer-Richtlinien

Die Anerkennung außergewöhnlicher Belastungen behinderter Menschen

Sie können geltend machen:

den Pauschbetrag für behinderte Menschen (Tzn. 1 und 2)

oder **die Aufwendungen für die Hilfe bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens, für die Pflege sowie für einen erhöhten Wäschebedarf (Tz. 3)**

Abgeltung der Aufwendungen für die Hilfe bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens, für die Pflege sowie für einen erhöhten Wäschebedarf

dabei:

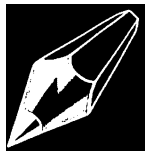
- keine Kürzung um zumutbare Belastung
- kein Nachweis der Aufwendungen

dabei:

- Kürzung um zumutbare Belastung (ggfs. kommt insoweit eine Steuerermäßigung nach § 35a EStG in Betracht (Tz. 5.1.3))
- Nachweis der Aufwendungen

und

außergewöhnliche Belastungen neben dem Pauschbetrag für behinderte Menschen (Tz. 4)





zum Beispiel

- Krankheitskosten
 - Aufwendungen für Heilkuren
 - Schulgeld für den Privatschulbesuch eines behinderten Kindes
 - Privatfahrten
- dabei:
- Kürzung um zumutbare Belastung
 - Aufwendungen müssen nachgewiesen werden

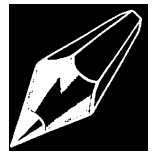
und

außergewöhnliche Aufwendungen in besonderen Fällen

Abzugsbetrag für Aufwendungen für hauswirtschaftliche Dienstleistungen (Tz. 5.1.1 und 5.1.2)

dabei:

- Aufwendungen müssen nachgewiesen werden
- keine Kürzung um zumutbare Belastung



6. Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit dem eigenen Kfz

Aufwendungen für die Wege zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte werden - ab dem 21. Entfernungskilometer - in Höhe der verkehrsmittelunabhängigen Entfernungspauschale zum Abzug zugelassen. Diese beträgt (ab dem 21. Entfernungskilometer) je Arbeitstag 0,30 € für jeden vollen Kilometer der Entfernung zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte. Für die Bestimmung der Entfernung ist die kürzeste Straßenverbindung maßgebend; eine andere als die kürzeste Straßenverbindung kann zu Grunde gelegt werden, wenn diese offensichtlich verkehrsgünstiger ist und regelmäßig benutzt wird. Für die Wege, für die kein eigener oder zur Nutzung überlassener Kraftwagen benutzt wird, ist die Entfernungspauschale auf insgesamt 4.500 € im Kalenderjahr begrenzt.

Behinderte Menschen,

- deren Grad der Behinderung mindestens 70 beträgt oder
- deren Grad der Behinderung weniger als 70, aber mindes-

tens 50 beträgt und die in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt sind (z.B. Merkzeichen "G" und "aG")

können an Stelle der Entfernungspauschale die tatsächlichen Aufwendungen für die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte steuerlich ansetzen. Gleiches gilt auch für Familienheimfahrten bei beruflich bedingter doppelter Haushaltsführung. Werden an Stelle der Entfernungspauschale die tatsächlichen Aufwendungen für die Wege zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte angesetzt, greift die Kürzung um 20 Entfernungskilometer nicht ein.

Tatsächliche Kosten oder pauschale Kilometersätze?

Behinderte Menschen, für die die Sonderregelung zutrifft, können bei Benutzung eines eigenen oder zur Nutzung überlassenen Kraftwagens den Teilbetrag der jährlichen Gesamtkosten, der auf die Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte entfällt, anhand der Jahresfahrleistung selbst berechnen.

Der Kaufpreis eines Neuwagens ist grundsätzlich auf die Nutzungsdauer von sechs Jahren zu verteilen.



Beispiel:

Jahresgesamtfahrleistung
14.000 km, Fahrtstrecke
Wohnung - regelmäßige Arbeits-
stätte 13 km,
an 208 Tagen zurückgelegt,
Neupreis des Pkw 24.000 €,
Reparaturkosten 400 €,
Kfz-Steuer/Versicherung 600 €,
Benzin 1.020 €

Berechnung:

Wertminderung 1/6
von 24.000 € = 4.000 €
Reparaturkosten 400 €
Kfz-Steuer/Versicherung 600 €
Benzin 1.020 €
Summe der Pkw-Kosten 6.020 €

Pkw-
Kosten: $\frac{6.020 \text{ €}}{14.000 \text{ km}} = 0,43 \text{ €/km}$

Anteil Wohnung - regelmäßige
Arbeitsstätte:
208 Tage x 26 km (Hin- und Rück-
fahrt) = 5.408 km x 0,43 € = 2.325 €
abzugsfähige Kosten.

Um den Betroffenen diese auf-
wendige Kostenermittlung sowie
die Aufbewahrung von Belegen zu
ersparen, kann alternativ - ohne
Nachweis der tatsächlichen Auf-
wendungen - ein pauschaler Kilo-

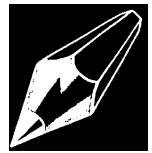
ometersatz angesetzt werden.
Dieser pauschale Satz beträgt bei
einem Kraftwagen 0,30 € je ge-
fahrenen Kilometer. Unfallkosten,
die auf einer Fahrt zwischen
Wohnung und regelmäßiger Ar-
beitsstätte entstanden sind, kön-
nen neben dem pauschalen Kilo-
ometersatz berücksichtigt werden.

Wichtig:

Es darf nur eine Hin- und Rück-
fahrt pro Arbeitstag steuerlich be-
rücksichtigt werden.

Ausnahme:

Wird ein behinderter Mensch im
eigenen oder ihm zur Nutzung
überlassenen Kraftfahrzeug an
jedem Arbeitstag von einem Drit-
ten (z. B. dem Ehegatten) zur re-
gelmäßigen Arbeitsstätte gefah-
ren und nach Beendigung der
Arbeitszeit von dort wieder abge-
holt, so können auch die Kraft-
fahrzeugaufwendungen, die ihm
durch die Ab- und Anfahrten des
Fahrers - die sogenannten Leer-
fahrten - entstehen, berücksich-
tigt werden. Voraussetzung ist,
dass der behinderte Mensch kei-
ne gültige Fahrerlaubnis besitzt
oder von einer Fahrerlaubnis aus
Gründen, die mit der Behinde-
rung im Zusammenhang stehen,
keinen Gebrauch macht.



Beispiel:

Ein blinder Arbeitnehmer, der von
seiner Ehefrau zu seiner 10 Kilo-
meter von der Wohnung entfer-
ten regelmäßigen Arbeitsstätte
gefahren wird, kann arbeitstäglich
gefahren werden, kann arbeitstäglich
für Fahrten zwischen Wohnung
und Arbeitsstätte 12,00 € wie
Werbungskosten geltend machen.
Diesem Beispiel liegt folgende
Berechnung zugrunde: 10 [= Kilo-
meterzahl] x 4 [= Hin- und Rück-
fahrt + 2 Leerfahrten] x 0,30 € [=
Pauschalsatz] = 12,00 € pro Ar-
beitstag.

Was ist zu tun?

Die genannten Sonderregelungen
hängen - wie den vorstehenden
Ausführungen zu entnehmen ist - zu-
nächst vom Grad der Behinderung
ab. Ebenfalls wie beim allgemei-
nen Pauschbetrag für behinderte
Menschen (siehe Seite 8) müssen
deshalb auch für die steuerliche
Anerkennung der Fahrten zwi-
schen Wohnung und regelmäßi-
ger Arbeitsstätte bzw. für Heim-
fahrten bei doppelter Haushalts-
führung die Behinderung und der
Grad der Behinderung nachge-
wiesen werden. Liegt ein Grad
der Behinderung von mindestens
50 aber weniger als 70 vor, muss
dem Finanzamt zusätzlich eine

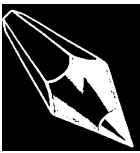
erhebliche Gehbehinderung nach-
gewiesen werden.

Dieser Nachweis kann durch Vor-
lage eines Ausweises nach dem
Neunten Buch Sozialgesetzbuch
erfolgen, in dem das Merkzeichen
"G" oder "aG" eingetragen ist. Der
Nachweis kann auch durch eine
entsprechende Bescheinigung des
Versorgungsamtes geführt wer-
den.

Die Aufwendungen für Fahrten zwi-
schen Wohnung und regelmäßi-
ger Arbeitsstätte und für Familien-
heimfahrten bei doppelter Haus-
haltsführung mit dem eigenen
Kraftwagen berücksichtigt das
Finanzamt bei der Einkommen-
steuerveranlagung. Auf Antrag
wird ein entsprechender Freibet-
rag bereits im Lohnsteuer-Ermä-
ßigungsverfahren auf der Lohn-
steuerkarte eingetragen. Allerdings
kann eine Eintragung nur erfol-
gen, wenn die maßgebliche Be-
tragsgrenze (siehe Tz. 7) über-
schritten wird.

Wo geregelt?

§ 9 Abs. 2 Einkommensteuergesetz;
Richtlinien 9.10 Abs. 3
Lohnsteuer-Richtlinien



7. Berücksichtigung der Steuererleichterung beim Lohnsteuerabzug

Die bisher behandelten steuerlichen Entlastungen der Tzn. 1 - 6 können grundsätzlich bei der Einkommensteuerveranlagung berücksichtigt werden. Es ist darüber hinaus möglich, die Vergünstigungen vorab als Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte eintragen zu lassen. Die Eintragung eines solchen Freibetrages hat den Vorteil, dass man die entsprechende Steuerersparnis sofort bei jeder Gehaltszahlung vom Arbeitgeber erhält, anstatt bis zur Einkommensteuerveranlagung im folgenden Jahr warten zu müssen.

Ein Freibetrag wegen erhöhter Werbungskosten, erhöhter Sonderausgaben oder außergewöhnlicher Belastungen kann allerdings nur dann gewährt werden, wenn die Aufwendungen bzw. die abziehbaren Beträge insgesamt eine Antragsgrenze von 600 € übersteigen. Für die Feststellung, ob die Antragsgrenze überschritten wird, dürfen die Werbungskosten nicht in voller Höhe, sondern nur mit dem Betrag angesetzt werden, der den Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 920 € übersteigt. Näheres finden Sie in dem kleinen Ratgeber

zum Lohnsteuerrecht, der Ihnen jährlich zusammen mit Ihrer Lohnsteuerkarte zugesandt wird. Für die Eintragung des Behinderten-Pauschbetrags auf der Lohnsteuerkarte gilt die Antragsgrenze nicht.

8. Weitere Steuererleichterungen für Eltern mit behinderten Kindern

Die allgemeinen kinderbedingten Sonderregelungen gelangen bei behinderten Kindern natürlich ebenfalls zur Anwendung.

8.1 Kindergeld

Das Kindergeld für das erste bis dritte Kind beträgt jeweils 154 € und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 €. Kindergeld wird grundsätzlich bis zur Vollenendung des 18. Lebensjahres gezahlt. Für Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, kommt Kindergeld - ebenso wie die Berücksichtigung eines Kinderfreibetrages - nur unter bestimmten Voraussetzungen in Betracht, z.B. für Kinder in Berufsausbildung oder für behinderte Kinder, wenn diese wegen ihrer Behin-

derung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten (siehe Tz. 8.2).

Verfahren:

Bei Arbeitnehmern, die Angehörige des öffentlichen Dienstes sind, ist die jeweilige juristische Person (der Arbeitgeber) Familienkasse, die das Kindergeld festsetzt und auszahlt. In allen anderen Fällen wird das Kindergeld von den den Arbeitsämtern angegliederten Familienkassen festgesetzt und ausbezahlt.

Die steuerliche Freistellung des Existenzminimums eines Kindes erfolgt entweder durch die Zahlung von Kindergeld oder durch die Gewährung der Freibeträge für Kinder. Im laufenden Kalenderjahr wird zunächst Kindergeld ausgezahlt. Von Amts wegen wird dann im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung geprüft, ob für die Berechtigten die Freibeträge für Kinder eine höhere Entlastung bewirken als das Kindergeld. Dabei wird das gewährte Kindergeld auf die steuerliche Auswirkung der Freibeträge für Kinder angerechnet und es erfolgt die nachträgliche Auszahlung einer positiven Differenz.

Aber auch nach der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs

seit 1996 werden die Kinderfreibeträge auf der Lohnsteuerkarte eingetragen, denn sie sind für die Bemessung der Zuschlagsteuern (Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag) von Bedeutung.

Wo geregelt?

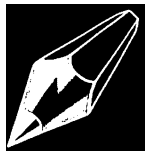
§§ 31, 62 ff Einkommensteuergesetz

8.2 Freibeträge für Kinder

Ehegatten erhalten zur steuerlichen Freistellung des sächlichen Existenzminimums (Unterkunft, Verpflegung, Kleidung, etc.) ihrer Kinder einen **Kinderfreibetrag in Höhe von 3.648 €**, Alleinstehende in Höhe von **1.824 €**. Darüber hinaus wird für den **Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf** verheirateten Eltern ein Freibetrag von **2.160 €** gewährt, Alleinstehende erhalten **1.080 €**.

Zu berücksichtigen sind grundsätzlich nur Kinder, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Das Gesetz sieht jedoch für ältere Kinder Ausnahmeregelungen vor, u.a. für bestimmte behinderte Kinder:

Ein Kind, welches das 18. Lebensjahr vollendet hat, wird u.a. dann





berücksichtigt, wenn es wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Voraussetzung ist, dass die Behinderung vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetreten ist. Darüber hinaus werden auch Kinder, die vor dem 01.01.2007 in der Zeit ab ihren 25. Geburtstag und vor ihrem 27. Geburtstag eine Behinderung erlitten haben, deretwegen sie außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen im Jahr 2007 und in späteren Jahren berücksichtigt.

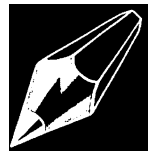
Es kommen nur solche Kinder in Betracht, die schwerbehindert sind oder schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind (§ 2 Abs. 2 und 3 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch). Auch Suchtkrankheiten können Behinderungen darstellen.

Der Nachweis der Behinderung kann regelmäßig durch einen Ausweis nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch oder durch einen Gleichstellungsbescheid des Arbeitsamtes oder durch einen Bescheid über die Einstufung als Schwerstpflegebedürftiger in Pflegestufe III geführt werden. Er kann aber auch in Form einer Bescheinigung bzw. eines Zeugnis-

ses des behandelnden Arztes oder eines ärztlichen Gutachtens erbracht werden, bspw. wenn, insbesondere bei seelischer Erkrankung, die begründete Befürchtung besteht, dass sich das Verfahren zur Erlangung dieses Ausweises oder Bescheides nachteilig auf den Gesundheitszustand des Kindes auswirken könnte.

Ob ein Kind wegen seiner Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten, ist nach den Gesamtumständen des Einzelfalles zu beurteilen. Dabei kommt es nicht nur darauf an, dass das Kind seinen Lebensunterhalt nicht durch eigene Erwerbstätigkeit bestreiten kann, sondern auch, ob dem Kind hierfür andere Einkünfte oder Bezüge zur Verfügung stehen, z.B. durch Unterhaltsleistungen seines Ehegatten oder früheren Ehegatten.

Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes ist ein Kind dann außerstande, sich selbst zu unterhalten, wenn es mit seinen eigenen Mitteln seinen gesamten notwendigen Lebensbedarf, bestehend aus dem allgemeinen Lebensbedarf (Grundbedarf) und dem individuellen behinderungsbedingten Mehrbedarf nicht decken kann. Der Grundbedarf bemisst sich



nach dem steuerfrei zu belassenen Existenzminimum einer erwachsenen Person (ab 2004: 7.680 €).

Als behinderungsbedingter Mehrbedarf ist bei einem vollstationär untergebrachten Kind ein Betrag in Höhe der Eingliederungshilfe mit Ausnahme des nach der Sachbezugsverordnung zu ermittelnden Wertes der Verpflegung zu berücksichtigen. In diesen Fällen kann ein behinderungsbedingter Mehrbedarf nicht zusätzlich pauschal in Höhe des Pauschbetrages für behinderte Menschen angesetzt werden.

Nach diesen Grundsätzen ist z. B. ein volljähriges behindertes Kind regelmäßig außerstande, sich selbst zu unterhalten, wenn es im Rahmen der Eingliederungshilfe vollstationär untergebracht ist und daneben ausschließlich Pflegegeld bezieht.

Ist ein Kind wegen seiner Behinderung nach den vorstehenden Grundsätzen außerstande, sich selbst zu unterhalten, kann es über das 25. Lebensjahr hinaus ohne zeitliche Begrenzung berücksichtigt werden.

Wo geregelt?

§ 32 Abs. 4 Nr. 3 Einkommensteuergesetz,
Richtlinie 32 Einkommensteuer-Richtlinien.

8.3 Freibetrag für Alleinerziehende

Zur Berücksichtigung von Mehrbelastungen, die Alleinerziehenden entstehen, wurde ab dem Jahr 2004 ein Entlastungsbetrag für Alleinerziehende eingeführt. Dieser beträgt 1.308 € pro Jahr. Seine Gewährung setzt voraus, dass eine alleinstehende Person mit (mind.) einem Kind eine Haushaltsgemeinschaft bildet, d.h. dass sie in einer gemeinsamen Wohnung mit Hauptwohnsitz gemeldet sind. Berücksichtigt werden Kinder, für die ein Freibetrag für Kinder bzw. Kindergeld gewährt wird.

Im Gegensatz zum Haushaltsfreibetrag soll der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende ausschließlich tatsächlich Alleinerziehenden gewährt werden. Deshalb ist es weitere Voraussetzung, dass der Haushaltsgemeinschaft keine weitere erwachsene Person angehört. Ausgenommen hiervon sind erwachsene Kinder des





Alleinerziehenden, für die er Kindergeld oder einen Freibetrag für Kinder erhält oder die den Grundwehrdienst oder einen entsprechenden Ersatzdienst leisten. Anhaltspunkt für das Vorliegen einer Haushaltsgemeinschaft mit einer anderen erwachsenen Person ist die Meldung mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in derselben Wohnung. Diese Vermutung ist widerlegbar, wenn keine gemeinsame Haushaltsführung, d.h. eine finanzielle oder tatsächliche Beteiligung daran, erfolgt. Davon kann bspw. bei erwachsenen Personen ausgegangen werden, bei denen mindestens eine Pflegebedürftigkeit nach Pflegestufe I vorliegt oder die blind sind. Die Fähigkeit sich an der Haushaltsführung zu beteiligen fehlt ebenso bei Personen, die kein oder nur ein geringes Vermögen besitzen und deren Einkünfte und Bezüge 7.680 €/Jahr nicht übersteigen. Für Ehepaare, eingetragene Lebenspartnerschaften und eheähnliche Gemeinschaften ist eine Widerlegung der Vermutung nicht möglich, so dass diese generell von der Gewährung des Entlastungsbetrages ausgeschlossen sind.

Liegen die Voraussetzungen für den Entlastungsbetrag nicht das gesamte Jahr über vor, weil bspw.

die/der Alleinerziehende im Laufe des Jahres einen gemeinsamen Haushalt mit einem Lebenspartner gründet, wird der Betrag nur zeitanteilig berücksichtigt.

Beispiel:

Eine Mutter lebt mit ihrem 5jährigen Kind zu Beginn des Jahres allein; Mitte September gründet sie einen gemeinsamen Haushalt mit einem (neuen) Lebenspartner

In den Monaten Okt. - Dez. liegen die Voraussetzungen für den Entlastungsbetrag nicht mehr vor. Der Betrag von 1.308 € ist um $\frac{3}{12}$ (= 327 €) auf 981 € zu kürzen.

Berücksichtigung im Lohnsteuer-Abzugsverfahren

Bei Arbeitnehmern wird der Entlastungsbetrag im Lohnsteuer-Abzugsverfahren an Stelle des früheren Haushaltsfreibetrages in der Lohnsteuerklasse II berücksichtigt.

Entfallen die Voraussetzungen im Laufe des Kalenderjahres, muss die Eintragung auf der Lohnsteuerkarte umgehend korrigiert werden.

Wo geregelt?

§§ 24b, 38b, 39 Abs. 4, 52 Abs. 51 Einkommensteuergesetz

8.4 Sonstige kinderbedingte Steuererleichterungen

- Minderung der zumutbaren Belastung bei außergewöhnlichen Belastungen allgemeiner Art (§ 33 Abs. 2 Einkommensteuergesetz),
- Freibetrag zur Abgeltung des Sonderbedarfs eines sich in Berufsausbildung befindenden, auswärtig untergebrachten, volljährigen Kindes (§ 33a Abs. 2 Einkommensteuergesetz),
- Kinderzulage im Rahmen der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge (Abschnitt XI des Einkommensteuergesetzes - § 85 - und § 10a Einkommensteuergesetz)
- Minderung der Kirchensteuer und des Solidaritätszuschlags (§ 51a Abs. 2 Einkommensteuergesetz).

8.5 Steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten ab 2006

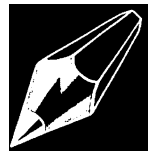
8.5.1 Erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten

Die steuerliche Behandlung von Kinderbetreuungskosten wurde ab dem 1. Januar 2006 durch das Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung neu geregelt.

Danach können erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten

- eines zum Haushalt des Steuerbürgers gehörenden Kindes im Sinne des § 32 Abs.1 EStG,
- das das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder
- wegen einer vor Vollendung des 27. Lebensjahres (ab VZ 2007: 25. Lebensjahr¹) eingetretenen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten,

¹ Die Absenkung der Altersgrenze wirkt sich erstmals für solche Kinder aus, die im Veranlagungszeitraum 2007 außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, wenn dies auf eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung zurückzuführen ist, die vor Vollendung des 25. Lebensjahres eintrat. Kinder, die vor dem 1. Januar 2007 in der Zeit ab ihrem 25. Geburtstag und vor ihrem 27. Geburtstag eine Behinderung erlitten haben, deretwegen sie außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, werden bei Vorliegen der materiell-rechtlichen Voraussetzungen auch im Veranlagungszeitraum 2007 und darüber hinaus berücksichtigt. Dadurch sollen bisher schon erfasste Kinder weiterhin berücksichtigt bleiben.





in Höhe von zwei Dritteln der Aufwendungen, höchstens 4.000 € je Kind wie Betriebsausgaben oder Werbungskosten abgezogen werden.

Im Falle des Zusammenlebens der Eltern kommt ein Abzug erwerbsbedingter Kinderbetreuungskosten nur in Betracht, wenn beide Eltern erwerbstätig sind.

Zu den Kinderbetreuungskosten zählen z. B. Aufwendungen für:

- die Unterbringung von Kindern in Kindergärten, Kindertagesstätten, Kinderkrippen sowie bei Tagesmüttern,
- die Beschäftigung von Kinderpflegerinnen, Erzieherinnen und Kinderschwestern,
- die Beschäftigung von Hausgehilfinnen oder Haushaltshilfen, soweit diese Kinder betreuen.

Nicht berücksichtigt werden Aufwendungen für:

- jede Art von Unterricht (auch Nachhilfeunterricht)
- Vermittlung besonderer Fähigkeiten (z. B. Schreibmaschinenkurs, Fahrschule)
- sportliche und andere Freizeitbetätigungen
- Nebenleistungen, die nicht unmittelbar der Betreuung

dienen (z. B. Fahrtkosten des Kindes).

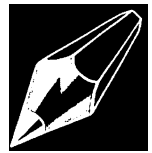
Zu beachten ist, dass für die Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten strenge Nachweiserfordernisse gelten.

Voraussetzung für den Abzug ist, dass der Steuerbürger für die Aufwendungen eine Rechnung erhalten hat und die Zahlung auf das Konto des Erbringers der Leistung erfolgt ist. Die Nachweise sind dem Finanzamt auf Anforderung vorzulegen.

Ist das zu betreuende Kind nicht unbeschränkt einkommensteuerepflichtig, ist der Höchstbetrag von 4.000 € zu kürzen, soweit es nach den Verhältnissen im Wohnsitzstaat notwendig und angemessen ist.

Die erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten können neben dem Arbeitnehmer-Pauschbetrag gesondert berücksichtigt werden. Kommt eine Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten nicht in Betracht, weil die Voraussetzung der Erwerbstätigkeit nicht erfüllt ist, können die Aufwendungen ggfs. als Sonderausgaben abzugsfähig sein.

Wo geregelt?
§§ 4f, 9 Abs. 5, 9a EStG



8.5.2 Kinderbetreuungskosten als Sonderausgaben

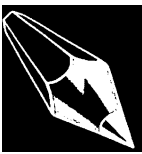
Aufgrund der Neuregelung der steuerlichen Behandlung von Kinderbetreuungskosten durch das Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung sind ab dem 1. Januar 2006 privat veranlasste Betreuungsaufwendungen in bestimmten Fällen als Sonderausgaben abzugsfähig.

Danach können zwei Drittel der Aufwendungen für Dienstleistungen zur Betreuung eines zum Haushalt des Steuerbürgers gehörenden Kindes im Sinne des § 32 Abs.1 EStG, welches das dritte Lebensjahr vollendet, das sechste Lebensjahr aber noch nicht vollendet hat, ohne Vorliegen weiterer Voraussetzungen als Sonderausgaben berücksichtigt werden.

Zwei Drittel der Betreuungskosten für zum Haushalt gehörende Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder die wegen einer vor Vollendung des 27. Lebensjahres (ab VZ 2007: 25. Lebensjahr ²) eingetretenen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, können als Sonderausgaben berücksichtigt werden, wenn sich der Steuerbürger

- in Ausbildung befindet,
- körperlich, geistig oder seelisch behindert oder
- krank ist. Die Krankheit muss innerhalb eines zusammenhängenden Zeitraums von mindesten 3 Monaten bestanden haben, es sei denn, der Krankheitsfall tritt unmittelbar im Anschluss an eine Erwerbstätigkeit oder Ausbildung ein.

² Die Absenkung der Altersgrenze wirkt sich erstmals für solche Kinder aus, die im Veranlagungszeitraum 2007 außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, wenn dies auf eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung zurückzuführen ist, die vor Vollendung des 25. Lebensjahres eintrat. Kinder, die vor dem 1. Januar 2007 in der Zeit ab ihrem 25. Geburtstag und vor ihrem 27. Geburtstag eine Behinderung erlitten haben, deretwegen sie außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, werden bei Vorliegen der materiell-rechtlichen Voraussetzungen auch im Veranlagungszeitraum 2007 und darüber hinaus berücksichtigt. Dadurch bleiben bisher schon erfasste Kinder weiterhin berücksichtigungsfähig.



Bei zusammenlebenden Eltern ist ein Abzug der Kinderbetreuungskosten nur möglich, wenn bei beiden Elternteilen die vorgenannten Voraussetzungen vorliegen oder ein Elternteil erwerbstätig ist und der andere Elternteil sich in Ausbildung befindet, körperlich, geistig oder seelisch behindert oder krank ist.

Kinderbetreuungskosten können in beiden vorgenannten Fällen bis zu 4.000 € je Kind als Sonderausgaben abgezogen werden. Ist das zu betreuende Kind nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig, ist dieser Betrag zu kürzen, soweit es nach den Verhältnissen im Wohnsitzstaat notwendig und angemessen ist.

Hinsichtlich der berücksichtigbaren Aufwendungen und der Nachweiserfordernisse gilt das Gleiche wie bei erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten (vgl. 8.5.1)

Wo geregelt?

§ 10 Abs. 1 Nr. 5 und 8 EStG

9. Sonderregelung für Versorgungsempfänger

Die im öffentlichen und privaten Dienst gezahlten Versorgungsbezüge unterliegen als Bezüge aus einem früheren Dienstverhältnis grundsätzlich in voller Höhe der Einkommensteuer und dem Lohnsteuerabzug, während bisher das Altersruhegeld aus der gesetzlichen Sozialversicherung nur zu einem bestimmten Teil zur Besteuerung herangezogen wurde.

Langfristig soll die Besteuerung des Beziehers einer Rente und eines Versorgungsempfängers aneinander angeglichen werden. Bis zur vollständigen Angleichung (im Jahr 2040) wird bei Versorgungsbezügen die Besteuerung durch die Gewährung des sog. Versorgungsfreibetrags gemildert, der für die ab 2006 neu in den Ruhestand tretenden stufenweise abgebaut wird. Die jeweilige Höhe des Versorgungsfreibetrags richtet sich dabei nach dem Jahr des Versorgungsbeginns. Sie bleibt bei jedem Pensionär für die Dauer seines Versorgungsbezugs grundsätzlich unverändert. Bei Versorgungsbeginn im Jahr 2005 (oder früher) bleibt ein Betrag in Höhe von 40 v.H. der Versorgungsbezüge, (höchstens

jedoch 3.000 €) im Veranlagungszeitraum steuerfrei. Da bei Versorgungsempfängern ab 2005 - wie bei Rentnern - nur noch ein Werbungskosten-Pauschbetrag von 102 € und nicht mehr - wie bisher - der Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 920 € zum Abzug kommt, wird ein Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag gewährt, der ebenfalls stufenweise (die Höhe ist abhängig vom Versorgungsbeginn) abgebaut wird. Somit bleiben bei Versorgungsbeginn im Jahr 2005 (oder früher) weitere 900 € steuerfrei.

Auch hier gibt es für behinderte Menschen eine Sonderregelung:

Bezüge aus ehemaligen privatrechtlichen Arbeitsverhältnissen, die wegen Erreichens einer Altersgrenze gezahlt werden, gelten nach den allgemeinen Grundsätzen nur dann als Versorgungsbezüge, wenn der Leistungsempfänger das 63. Lebensjahr vollendet hat.

Bei schwerbehinderten Menschen, also bei Personen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50, liegt die Altersgrenze dagegen beim 60. Lebensjahr. Unter den genannten Voraussetzungen

erhalten sie also für Bezüge, die wegen Erreichens der Altersgrenze geleistet werden, den Versorgungsfreibetrag und den Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag bereits für den Veranlagungszeitraum, in dem sie das 60. Lebensjahr vollendet haben.

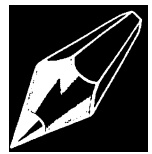
Was ist zu tun?

Der Arbeitgeber hat den Versorgungsfreibetrag und den Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag (aber nicht bei Steuerklasse VI) beim Lohnsteuerabzug von sich aus zu berücksichtigen; einer Eintragung auf der Lohnsteuerkarte durch das Finanzamt bedarf es folglich nicht.

Die Finanzämter berücksichtigen den Versorgungsfreibetrag und den Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag bei der Einkommensteueranmeldung von Amts wegen. Von Seiten des Steuerbürgers ist es nur erforderlich, in der Anlage N zur Einkommensteuererklärung die im Bruttoarbeitslohn enthaltenen Versorgungsbezüge einzutragen.

Wo geregelt?

§ 19 Abs. 2 Einkommensteuergesetz, Richtlinien 19.8 und 39b.3 Lohnsteuer-Richtlinien





10. Freibetrag für Veräußerungsgewinne und ermäßigter Steuersatz

Gewerbliche Veräußerungsgewinne gehören nach § 16 Einkommensteuergesetz zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb. Hat ein Steuerbürger das 55. Lebensjahr vollendet oder ist er im sozialversicherungsrechtlichen Sinne dauernd berufsunfähig, so wird der Veräußerungsgewinn auf Antrag zur Einkommensteuer nur herangezogen, soweit er **45.000 €** übersteigt.

Der Freibetrag kann für jeden Unternehmer nur einmal gewährt werden. Er verringert sich um den Betrag, um den der Veräußerungsgewinn **136.000 €** übersteigt. Im Falle eines Veräußerungsgewinns von 181.000 € und mehr ist der Freibetrag daher aufgezehrt.

Die vorstehenden Ausführungen gelten entsprechend bei Gewinnen, die bei der Veräußerung eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs sowie bei der Veräußerung eines der selbständigen Arbeit dienenden Vermögens erzielt werden.

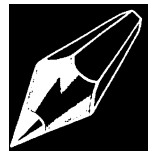
Erfüllt ein Steuerbürger die Voraussetzungen für den Abzug des

Freibetrages kann er für den übersteigenden Gewinn einen ermäßigten Steuersatz in Anspruch nehmen. Dieser beträgt die 56 % des Steuersatzes, der sich für sein gesamtes zu versteuerndes Einkommen ergibt, mindestens aber 15 %. Auch diese Vergünstigung wird jedem Unternehmer nur einmal gewährt.

Wo geregelt?

§§ 14, 16 Abs. 4, 18 Abs. 3 und 34 Abs. 3 Einkommensteuergesetz

Vermögensbildung



Vorzeitige Verfügung über vermögenswirksame Leistungen und Bausparbeiträge

Nach dem Fünften Vermögensbildungsgesetz bestehen für folgende Anlageformen **vermögenswirksamer Leistungen** Sperrfristen:

- Sparverträge über Wertpapiere oder andere Vermögensbeteiligungen,
- Wertpapier-Kaufverträge,
- Beteiligungs-Verträge,
- Beteiligungs-Kaufverträge.

Die Förderung setzt voraus, dass bis zum Ablauf einer Sperrfrist über die vermögenswirksamen Leistungen nicht vorzeitig verfügt werden kann. Eine vorzeitige Verfügung zieht die Rückforderung der gewährten Arbeitnehmer-Sparzulage nach sich.

Für Bausparverträge nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz bestehen ebenfalls Sperrfristen, vor deren Ablauf über Bausparbeiträge nicht steuer-, zulagen- und prämienschädlich verfügt werden kann.

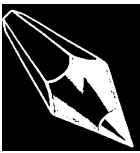
Ausnahme:

Von diesem Grundsatz macht das Gesetz u. a. dann eine Ausnahme, wenn der Arbeitnehmer/Bausparer oder sein nicht dauernd getrennt lebender Ehegatte nach Vertragsabschluss völlig erwerbsunfähig geworden ist. Als völlige Erwerbsunfähigkeit ist ein Grad der Behinderung von mindestens 95 anzusehen. In einem solchen Fall kann der Arbeitnehmer über die vermögenswirksamen Leistungen / die Bausparbeiträge vorzeitig frei verfügen, ohne die gewährte Arbeitnehmer-Sparzulage oder die Wohnungsbauprämie zu verlieren.

Was ist zu tun?

Um vorzeitig steuer-, zulagen- und prämienschädlich über das angelegte Geld verfügen zu können, muss dem Finanzamt, Kreditinstitut oder der Bausparkasse der Grad der Behinderung nachgewiesen werden. Dieser Nachweis ist durch Vorlage des Ausweises für schwerbehinderte Menschen nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch oder durch andere amtliche Unterlagen des Versorgungsamtes zu erbringen. In Zweifelsfällen muss auch glaubhaft gemacht werden, dass die



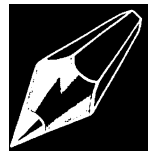


völlige Erwerbsunfähigkeit nach Abschluss des begünstigten Vertrags eingetreten ist.

Wo geregelt?

§§ 4 Abs. 2 und 4, 5 Abs. 2, 6 Abs. 3 und 7 Abs. 3 Fünftes Vermögensbildungsgesetz,
§ 2 Abs. 2 Wohnungsbau-Prämien-gesetz

Krafffahrzeugsteuer



Steuervergünstigungen

Das Kraftfahrzeugsteuergesetz gewährt unter bestimmten Voraussetzungen steuerliche Vergünstigungen durch Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung für schwerbehinderte Halter von Kraftfahrzeugen.

Steuerbefreiung

Die Steuerbefreiung wird auf Antrag schwerbehinderten Personen gewährt, wenn sie

- hilflos,
- blind oder
- außergewöhnlich gehbehindert sind

und dies durch einen Ausweis mit dem Merkzeichen "H", "BI" oder "aG" nachweisen. Diesem Personenkreis steht neben der Steuerbefreiung das Recht auf unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Personenverkehr zu.

Steuerermäßigung

Schwerbehinderte Personen, die in ihrer Bewegungsfähigkeit im

Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt oder gehörlos sind, können auf Antrag eine Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer um 50 % erhalten, wenn sie

- dies durch einen Ausweis im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch oder des Art. 3 des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Personen im öffentlichen Personennahverkehr mit orangefarbenem Flächenaufdruck nachweisen und
- das Recht zur unentgeltlichen Beförderung nach § 145 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch nicht in Anspruch nehmen.

Der behinderte Mensch hat insofern ein Wahlrecht. Macht die schwerbehinderte Person von ihrem Wahlrecht Gebrauch und entscheidet sich für die Kraftfahrzeugsteuervergünstigung, so muss sie bei der Antragstellung zusammen mit ihrem Ausweis das vom Versorgungsamt ausgestellte Beiblatt - ohne Wertmarke - vorlegen. Unentgeltliche Beförderung und Kraftfahrzeugsteuerermäßigung schließen sich in diesen Fällen gegenseitig aus.



Begünstigte Fahrzeuge

Die Steuervergünstigung wird nur für Kraftfahrzeuge gewährt, die auf die schwerbehinderte Person zugelassen sind; es ist nicht erforderlich, dass der behinderte Fahrzeughalter selbst eine Fahrerlaubnis besitzt (z. B. bei einem behinderten minderjährigen Kind).

Die Steuervergünstigung steht der schwerbehinderten Person nur für ein Fahrzeug zu.

Wegfall der Steuervergünstigungen

Die Steuervergünstigung entfällt, wenn das Fahrzeug zur Beförderung von Gütern (ausgenommen Handgepäck), zur entgeltlichen Beförderung von Personen (ausgenommen die gelegentliche Mitbeförderung) oder durch andere Personen zu eigenen Fahrten (z. B. Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte) benutzt wird, die nicht im Zusammenhang mit der Fortbewegung oder der Haushaltsführung der behinderten Person stehen.

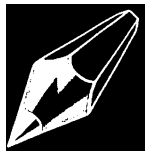
Hinweise für Eltern mit behinderten Kindern

Die Kraftfahrzeugsteuerbefreiung

bzw. Steuerermäßigung kann unter den genannten Voraussetzungen auch von minderjährigen Kindern in Anspruch genommen werden. Allerdings muss dann das Fahrzeug auf den Namen des behinderten Kindes zugelassen sein. Die Eltern dürfen ein solches Fahrzeug steuerunschädlich führen. Die Steuervergünstigung hängt aber davon ab, dass das Fahrzeug nur zu Fahrten benutzt wird, die im Zusammenhang mit der Fortbewegung oder der Haushaltsführung des Kindes stehen. Dabei kommen in erster Linie Fahrten zur unmittelbaren Versorgung des behinderten Kindes, aber auch solche Fahrten in Betracht, die der Versorgung und Führung des Haushalts dienen, in dem das behinderte Kind lebt. Die Steuervergünstigung entfällt jedoch, wenn das Fahrzeug von den Eltern für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte genutzt wird.

Was ist zu tun?

Die Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung steht der schwerbehinderten Person nur auf Antrag zu. Der Antrag kann jederzeit beim Finanzamt gestellt werden. Der Antragsteller muss seine



Zugehörigkeit zu dem begünstigten Personenkreis nachweisen.

Steuerbefreiung und -ermäßigung werden auf dem Fahrzeugschein vermerkt; die Inanspruchnahme der Steuerermäßigung wird vom Finanzamt auf dem Ausweis für schwerbehinderte Menschen vermerkt. Der Vermerk wird gelöscht, wenn die Vergünstigung entfällt.

Wo geregelt?

§ 3a Kraftfahrzeugsteuergesetz

Sonderregelung für bestimmte behinderte Menschen

Schwerbehinderte Menschen im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes und Personen, die den Körperschaden infolge nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen erlitten haben, werden ebenfalls von der Kraftfahrzeugsteuer befreit. Voraussetzung ist, dass der Grad der Behinderung nicht nur vorübergehend mindestens 50 beträgt.

Durch den Zusatz "kriegsbeschädigt" oder die Merkzeichen "VB"

bzw. "EB" auf dem Ausweis für schwerbehinderte Personen wird nachgewiesen, dass die Berechtigung für die Inanspruchnahme dieser Steuerbefreiung besteht.

Wo geregelt?

§ 17 in Verbindung mit § 3a Abs. 1 Kraftfahrzeugsteuergesetz



Steuerbefreiungen für blinde Unternehmer, Blindenwerkstätten und deren Zusammenschlüsse

Blinde Mitbürger sind durch ihre Behinderung auch im Geschäftsleben erheblich benachteiligt. Um diese wirtschaftlichen Nachteile zu mildern, sind die Umsätze blinder Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen von der Umsatzsteuer befreit. Durch die Umsatzsteuerfreiheit typischer Leistungen von Blindenwerkstätten und von deren Zusammenschlüssen soll darüber hinaus die Schaffung von Arbeitsplätzen für blinde Menschen gefördert werden.

1. Die Umsatzsteuerbefreiung von blinden Unternehmern

Umsatzsteuerfrei sind die Umsätze der blinden Unternehmer, die nicht mehr als zwei Arbeitnehmer beschäftigen. Dabei kommt es nicht auf die Zahl der Arbeitnehmer schlechthin, sondern auf ihre zeitliche Arbeitsleistung an. Der Ehegatte des Blinden, seine minderjährigen Kinder und seine Eltern sowie Auszubildende werden dabei auch dann

nicht als Arbeitnehmer im Sinne dieser Regelung mitgezählt, wenn sie tatsächlich im Unternehmen des Blinden tätig sind und als Arbeitnehmer in lohnsteuer- und sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht behandelt werden.

Von der Steuer befreit sind grundsätzlich alle wirtschaftlichen Betätigungen. Hier gibt es jedoch eine wichtige Ausnahme: Umsätze aus der Lieferung von Mineralöl, also vor allem von Vergaser- und Dieselkraftstoffen sowie Schmierstoffen, und von Branntwein sind umsatzsteuerpflichtig, wenn der blinde Unternehmer für diese Erzeugnisse Mineralölsteuer oder Branntweinabgaben zu entrichten hat.

Wer ist begünstigt?

Persönliche Voraussetzung der Steuerbefreiung ist eine Erblindung des Unternehmers. Blind im Sinne dieser gesetzlichen Regelung sind nicht nur Menschen, die ihr Sehvermögen völlig eingebüßt haben, sondern auch solche, die eine so geringe Sehschärfe haben, dass sie sich in einer ihnen nicht vertrauten Umgebung ohne fremde Hilfe nicht zurechtfinden können.

Wie können blinde Unternehmer die Umsatzsteuerbefreiung erlangen?

Um die Umsatzsteuerfreiheit zu erwirken, muss dem Finanzamt nachgewiesen werden, dass der Unternehmer blind ist. Der Nachweis ist nach den für die Besteuerung des Einkommens maßgebenden Vorschriften zu führen. Er erfolgt in der Regel durch die Vorlage eines Ausweises für schwerbehinderte Menschen nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch, in dem das Merkzeichen "Bl" eingetragen ist.

Wo geregelt?

§ 4 Nr. 19 Buchst. a Umsatzsteuergesetz

2. Die Umsatzsteuerbefreiung von Blindenwerkstätten und ihrer Zusammenschlüsse

Was ist begünstigt?

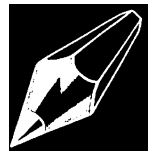
Während sich die Umsatzsteuerfreiheit blinder Unternehmer grundsätzlich auf sämtliche Umsätze erstreckt, ist die Steuerfreiheit der Blindenwerkstätten und ihrer Zusammenschlüsse auf folgende Umsätze beschränkt:

- Lieferungen von Blindenwaren und Zusatzwaren im Sinne des Blindenwarenvertriebsgesetzes; das sind solche Waren, die in ihren wesentlichen, das Erzeugnis bestimmenden Arbeiten von Blinden hergestellt und ihrer Art nach durch Rechtsverordnung bestimmt sind.
- Sonstige Leistungen von anerkannten Blindenwerkstätten und deren Zusammenschlüssen, wenn sie ausschließlich durch Blinde erbracht werden. Hilfs- und Nebenarbeiten können dabei jedoch auch von anderen Personen wahrgenommen werden.

Wer ist begünstigt?

Von der Besteuerung freigestellt sind anerkannte Blindenwerkstätten und deren anerkannte Zusammenschlüsse.

Anerkannte Blindenwerkstätten sind Betriebe, in denen ausschließlich Blindenwaren hergestellt und in denen bei der Herstellung andere Personen nur mit Hilfs- oder Nebenarbeiten beschäftigt werden. Anerkannte Zusammenschlüsse von Blindenwerkstätten sind Ver-





einigungen solcher Betriebe, deren Zweck ausschließlich auf den Vertrieb von Blinden- u. Blindenzusatzwaren sowie auf den gemeinsamen Einkauf von Rohstoff gerichtet ist.

Bei diesen Betrieben kommt es nicht auf die Zahl der Beschäftigten an. Für die Steuerbefreiung ist es ohne Bedeutung, ob der Inhaber der entsprechenden Einrichtung selbst blind ist. Entscheidend ist, dass die Blindenwerkstätten bzw. ihre Zusammenschlüsse von der zuständigen Behörde nach dem Blindenwarevertriebsgesetz anerkannt sind. Diese Anerkennung geschieht durch einen Anerkennungsbescheid. In Thüringen wird dieser von dem Landesverwaltungsamt mit Sitz in Weimar erteilt.

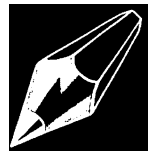
Wie kann der Inhaber der Blindenwerkstätte oder des Zusammenschlusses die Umsatzsteuerbefreiung erlangen?

Um die Umsatzsteuerfreiheit zu erlangen, ist dem Finanzamt der vorgenannte Anerkennungsbescheid vorzulegen und nachzuweisen, dass es sich bei den ausgeführten Umsätzen ihrer Art nach um begünstigte Leistungen handelt.

Wo geregelt?

§ 4 Nr. 19 Buchst. b Umsatzsteuergesetz,
§ 5 Abs. 1 Blindenwarevertriebsgesetz,
§§ 1 und 2 der Durchführungsverordnung zum Blindenwarevertriebsgesetz

Erbschaft- und Schenkungsteuer



Steuervergünstigungen

Bei Eltern, Adoptiveltern, Stiefeltern oder Großeltern des Schenkers bleibt über den persönlichen Freibetrag hinaus ein Erwerb steuerfrei, wenn er zusammen mit dem Vermögen des Erwerbers 41.000 € nicht übersteigt und der Erwerber

- aufgrund körperlicher oder geistiger Gebrechen erwerbsunfähig ist

oder

- an der Ausübung einer Erwerbstätigkeit durch die Führung eines gemeinsamen Haus-

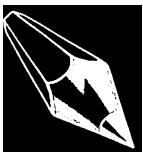
haltes mit erwerbsunfähigen Kindern oder Enkelkindern gehindert ist.

Ob diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist bei jedem Elternteil gesondert zu prüfen. Zu beachten ist, dass die Freigrenze von 41.000 € jedem Elternteil zusteht.

Wenn der Wert des Erwerbs zusammen mit dem eigenen Vermögen des Erwerbers die Freigrenze von 41.000 € übersteigt, so wird die Schenkungsteuer nur insoweit erhoben, als sie aus der Hälfte des die Freigrenze übersteigenden Betrages gedeckt werden kann.

Das folgende Beispiel soll diese Regelung verdeutlichen:

Das Vermögen eines Elternteils beträgt	18.000 €
Die Zuwendung des Kindes beträgt pro Elternteil	23.500 €
Steuerberechnung	
Zuwendung	23.500 €
Abzüglich Freibetrag für Steuerklasse II	10.300 €
steuerepflichtiger Erwerb	13.200 €
reguläre Schenkungsteuer (Stkl. II, Steuersatz 12 v.H.)	1.584 €
höchstens jedoch	
Summe aus eigenem Vermögen und Zuwendung	41.500 €
abzüglich Freigrenze	41.000 €
übersteigender Betrag	500 €
davon die Hälfte als festzusetzende Schenkungsteuer	250 €



In Erbfällen kommt dieser zusätzlichen Steuerbefreiung keine Bedeutung zu, da für die Eltern bei Erwerben von Todes wegen (des Kindes oder Enkelkindes) die Steuerklasse I gilt (§ 15 Abs. 1 Erbschaftsteuergesetz) und daher der persönliche Freibetrag bereits 51.200 € beträgt (§ 16 Abs. 1 Nr. 3 Erbschaftsteuergesetz); die Freigrenze beläuft sich dagegen lediglich auf 41.000 €.

Wo geregelt?

§ 13 Abs. 1 Nr. 6 Erbschaftsteuergesetz.

Grundsteuer



Steuervergünstigung für abgefundene behinderte Menschen

Behinderte Menschen im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes (Kriegsbeschädigte), deren Witwen sowie die Ehegatten von Verschollenen, denen zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung ihres Grundbesitzes eine Kapitalabfindung nach dem Bundesversorgungsgesetz oder eine Grundrentenabfindung nach dem Rentenkapitalisierungsgesetz gewährt wird, erhalten eine Grundsteuervergünstigung.

Worin besteht diese Vergünstigung?

Besteuerungsgrundlage bei der Grundsteuer sind die nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes festgestellten Einheitswerte nach den Wertverhältnissen zum 1. Januar 1935. Für ein Grundstück, dass mit Hilfe einer Kapitalabfindung erworben oder zu dessen wirtschaftlicher Stärkung die Kapitalabfindung eingesetzt wird, wird für die Besteuerung nur der um die Kapitalabfindung verminderte Einheitswert zugrundegelegt. Von dem sich ergebenden Restbetrag des Einheitswertes ist dann die Grundsteuer zu erheben.

Wie lange wird die Grundsteuervergünstigung gewährt?

Die Grundsteuervergünstigung wird grundsätzlich so lange gewährt, wie die Versorgungsbezüge wegen der Kapitalabfindung gekürzt sind. Der Vergünstigungszeitraum ist also im allgemeinen ebenso lange wie der Abfindungszeitraum (in der Regel 10 Jahre). Für die folgenden Kalenderjahre wird die Grundsteuer wieder vom vollen Betrag des Einheitswerts erhoben.

Doch auch hier gibt es eine Ausnahme:

Stirbt ein verheirateter behinderter Mensch, bei dem im Zeitpunkt des Todes die Voraussetzungen für die Grundsteuervergünstigung vorgelegen haben und erbt seine Witwe das geförderte Grundstück ganz oder teilweise, so steht auch der Witwe die Steuervergünstigung zu, und zwar so lange sie auf dem Grundstück wohnt und nicht wieder heiratet. Der Zeitraum der Vergünstigung ist also hier weder auf den Abfindungszeitraum beschränkt, noch kommt es darauf an, dass die Witwenrente selbst abgefunden wurde.



Was ist zu tun?

Die Entscheidung über die Gewährung der vorgenannten Steuervergünstigungen erfolgt im sogenannten Steuermessbetragsverfahren. Dieses Verfahren führt die Bewertungsstelle des Finanzamtes durch, in dessen Zuständigkeitsbereich das zu begünstigende Grundstück liegt. Da die Landesversorgungsämter die Finanzämter von der Gewährung der Kapitalabfindung unterrichten, berücksichtigt das Finanzamt die Grundsteuervergünstigung in der Regel von Amts wegen. Sollte dies einmal nicht der Fall sein, muss ein Antrag gestellt werden.

Wo geregelt?

§ 36 Grundsteuergesetz,
Abschnitt 44 Grundsteuer-Richtlinien 1978



Wichtige Anschriften



AOK-Landesverband Thüringen

Augustinerstraße 38
99084 Erfurt
Tel.: 03 61/6 57 40

Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit

Werner-Seelenbinder-Str. 14
99096 Erfurt
Tel.: 03 61/3 47 10

Landesamt für Soziales und Familie Thüringen - Landessozialamt -

Am Drachenberg 4
98617 Meiningen
Tel.: 0 36 93/460-0

In der Liga der Freien Wohlfahrtspflege sind die Träger von Einrichtungen für behinderte Menschen und sozialen Diensten verbunden, um Kontakt untereinander zu halten und um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten.

Die großen Träger sind eigenständiges Mitglied, kleinere Träger werden über den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesvertretung Thüringen, in der Liga der Freien Wohlfahrtspflege vertreten.

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen

Pfeiffersgasse 12
99084 Erfurt
Tel.: 03 61/2 10 31 21

Caritas-Verband Thüringen e.V.

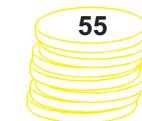
Wilhelm-Külz-Straße 33
99084 Erfurt
Tel.: 03 61/6 72 90

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Thüringen e.V.

Vieselbacher Straße
99098 Kleinmölsen
Tel.: 03 61/21 03 10

Caritas-Verband für das Bistum Dresden-Meißen e.V.

Albert-Levy-Straße 59 a
04600 Altenburg
Tel.: 0 34 47/8 11 54





**Deutsches Rotes Kreuz
Landesverband Thüringen e.V.**
Arnstädter Straße 48
99096 Erfurt
Tel.: 03 61/3 44 00

**Deutscher Paritätischer
Wohlfahrtsverband
Landesverband Thüringen**
Ammertalweg 29
99086 Erfurt
Tel.: 03 61/7 31 51 11

**Diakonisches Werk der Evang.-
Luth. Kirche in Thüringen e.V.**
Ernst-Thälmann-Str. 90
99817 Eisenach
Tel.: 0 36 91/810-0

**Diakonisches Werk in der
Kirchenprovinz Sachsen e.V.**
Mittagstraße 15
39124 Magdeburg
Tel.: 03 91/25 52 60

**Diakonisches Werk
in
Kurhessen-Waldeck e.V.**
Kölnische Straße 136
34119 Kassel
Tel.: 05 61/1 09 50

**Jüdische Landesgemeinde
Thüringen**
Juri-Gagarin-Ring 16
99084 Erfurt
Tel.: 03 61/5 62 49 64

Wichtige Anschriften der Finanzämter



Finanzamt Altenburg
Wenzelstraße 45
04600 Altenburg
Tel.: 0 34 47/59 30

Finanzamt Eisenach
Ernst-Thälmann-Straße 70
99817 Eisenach
Tel.: 0 36 91/68 70

Finanzamt Erfurt
Mittelhäuser Straße 64 f
99091 Erfurt
Tel.: 03 61/3 78 24 10

Finanzamt Gera
Hermann-Drechsler-Straße 1
07548 Gera
Tel.: 03 65/63 90

Finanzamt Gotha
Reuterstraße 2 a
99687 Gotha
Tel.: 0 36 21/3 30

Finanzamt Ilmenau
Wallgraben 1
98693 Ilmenau
Tel.: 0 36 77/86 10

Finanzamt Jena
Leutragraben 8
07743 Jena
Tel.: 0 36 41/37 80

Finanzamt Mühlhausen
Martinistraße 22
99974 Mühlhausen
Tel.: 0 36 01/45 60

Finanzamt Pößneck
Gerberstr. 65
07381 Pößneck
Tel.: 0 36 47/44 60

Finanzamt Sondershausen
Schillerstraße 6
99706 Sondershausen
Tel.: 0 36 32/74 20

Finanzamt Sonneberg
Köppelsdorfer Straße 86
96515 Sonneberg
Tel.: 0 36 75/88 40

Finanzamt Suhl
Karl-Liebknecht-Straße 4
98527 Suhl
Tel.: 0 36 81/7 30



NOTIZEN

Anmerkung zur Verwendung:

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Thüringer Landesregierung herausgegeben.

Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Broschüre dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Herausgeber: Thüringer Finanzministerium
Referat Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Ludwig-Erhard-Ring 7
99099 Erfurt
Tel. (03 61) 37 - 9 66 25

Herstellung: Zentraldruckerei Thüringen
im Bildungszentrum der Thüringer Steuerverwaltung
Bahnhofstraße 12
99867 Gotha
Tel. (0 36 21) 23 20 - 1 60

Stand: 7. Auflage
Februar 2008
